

Protokoll

der Sitzung des Behindertenbeirats der Universitätsstadt Marburg am 31.08.2023

Beginn: 16.30 Uhr
Ende: 19.30 Uhr

Anwesend: Siehe Anwesenheitsliste

TOP 1: Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Herr Breiner, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Schlichte und Frau Heiland von der VHS, Herrn Hagenbring von der Straßenverkehrsbehörde, der zum Thema Parken auf Gehwegen berichten wird, sowie Oberbürgermeister Dr. Spies, der spontan erschienen ist, um einen kurzen Beitrag mit Informationen zu Move35 zu geben. Die beiden Beiträge, die nicht auf der versandten Tagesordnung standen, werden in der Sitzung vorgezogen, im Protokoll jedoch in der regulären Reihenfolge unter Verschiedenes niedergeschrieben.

Entschuldigt werden Herr Dr. Bach, Frau Mayer, Frau Dr. Perabo, Frau Rippich, Herr Weidemüller und Frau Wolff.

TOP 2: Das Protokoll vom 25. Juni 2023 genehmigen

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 3: Entwicklung von barrierearmen Angeboten an der Volkshochschule, Gast: Frau Schlichte und Frau Heiland

Frau Schlichte und Frau Heiland stellen das Angebot der Volkshochschule (VHS) vor. Die VHS gibt es seit über 100 Jahren in Marburg. Sie bietet die Möglichkeit nach der Schule weiter zu lernen. Bei allen Volkshochschulen gibt es ein breites Angebot. In Marburg ist das Angebot aufgeteilt in: Gesellschaft, Kultur, Gesundheit (mit Sport und Ernährung), Sprachen, (z.B. auch Gebärdensprache), Grundbildung, Deutsch (auch Deutsch als Fremdsprache), Beruf und EDV.

Die typischen Kurse finden einmal pro Woche abends statt. Dann gibt es Wochenendkurse sowie Vorträge, die einmalig stattfinden.

Fast alle Angebote kosten Geld. Die Gebühren sind gefördert und für Menschen mit Behinderungen oder Personen mit Stadtpass gibt es Ermäßigungen. Alle Angebote findet man im Programmheft und im Internet. Infos gibt es auch über Social Media. Die VHS berät persönlich vor Ort oder am Telefon.

Für die Volkshochschule ist es wichtig zu erfahren, welche Barrieren es für Menschen mit Behinderungen gibt, die einen Kursbesuch verhindern oder erschweren. Die Volkshochschule hat schon einiges getan, um Barrieren für Menschen mit Behinderungen abzubauen: Für die Zugänglichkeit des Gebäudes gibt es einen Aufzug und eine Rampe. Es wird ein Musikkurs in den Lahnwerkstätten angeboten. In der Vergangenheit wurden Kurse in einfacher Sprache, z.B. im Bereich Fotografie, oder ein Fremdsprachenkurs in Leichter Sprache angeboten. Darüber hinaus gibt es inklusive Kurse, z.B. ein Tanzkurs oder Wassergymnastik, wo die Belange von blinden und sehbehinderten Menschen berücksichtigt werden. Im Bereich Gesundheit wurde ein Kochkurs mit Gebärdensprachdolmetschung ins Programm aufgenommen.

Die Annahme des Angebots war jedoch sehr unterschiedlich. Kurse wurden teilweise von anderen als den erwarteten Personengruppen angenommen. Die Erfahrungen sind sehr unterschiedlich, ob Angebote gut angenommen werden oder nicht. Deshalb ist es für das Team der VHS sehr schwierig zu planen. Die Frage ist, woran es liegt, dass es nicht immer gut gelingt, die Personengruppen zu gewinnen, für die die Teilnahme an Angeboten ermöglicht werden sollte? Was kann noch verbessert werden? Von Frau Schroll hat die VHS bereits den Vorschlag aufgenommen für diese Fragestellungen Betroffene als Ansprechpersonen zu gewinnen, die beratend zur Seite stehen können. Frau Schroll steht für Fragen zu Angeboten für blinde und sehbehinderte Menschen zur Verfügung. Für Menschen mit anderen Behinderungen sollte bei den entsprechenden Organisationen nachgefragt werden, ob jemand bereit ist, der VHS beratend zur Seite zu stehen. Für diesen Dienst soll es eine Aufwandsentschädigung geben. Der Aufwand ist nur punktuell und der Zeitaufwand hält sich in Grenzen.

Der Behindertenbeirat schlägt vor, dass zukünftig inklusive Veranstaltungen über den Behindertenbeirat verbreitet werden, so dass mehr Personen informiert werden. Für diese Hinweise ist eine barrierefreie Übermittlung der Informationen notwendig.

Die Internetseite der VHS ist für blinde Menschen bereits barrierearm gestaltet. Beim Programmheft besteht allerdings noch Verbesserungsbedarf. Für sehbehinderte Menschen ist das gedruckte Programm teilweise schwierig zu lesen, da Fotos im Hintergrund die Lesbarkeit der Schrift verschlechtern. Mancher Text ist nicht gut verständlich formuliert, da schwierige Worte verwendet werden, die nicht erklärt werden. Für blinde Menschen müssten die Unterlagen für die Kurse digital in barrierefreier Form bereitgestellt werden.

Ein weiteres Problem ist, dass Menschen mit Behinderungen sich scheuen, Hilfen einzufordern. Deshalb wäre ein Hinweis wichtig, dass die VHS anbietet, mit interessierten Personen ins Gespräch zu kommen. Im Programmheft und im Internet sollte folgender Satz stehen: Wenn Sie Unterstützung benötigen, dann kontaktieren Sie uns.

Die Informationen zur Barrierefreiheit sind auf Seite 8 im Programmheft zu finden. Diese sollten weiter vorne angeboten werden.

Für den Behindertenbeirat ist es wichtig zu erfahren, welche Bitten die VHS an Menschen mit Behinderungen hat. Die Mitarbeiterinnen der VHS nennen als Beispiel, dass bei Anmeldung der Hilfebedarf genannt werden sollte, so dass dieser vorab eingeplant werden kann.

TOP 4: Umzug der Tourist-Information: Antwortschreiben des MSLT

Herr Breiner informiert, dass die Stellungnahme des Behindertenbeirates zum Umzug der Tourismus-Information leider nicht von der Oberhessischen Presse aufgegriffen wurde. Bei den Stadtverordneten ist die Stellungnahme angekommen, gibt Herr Büchner bekannt.

Der von Landrat Wommelsdorf und Oberbürgermeister Dr. Spies unterschriebene Antwortbrief auf die Stellungnahme des Beirats wurde der Einladung beigelegt. Herr Breiner weist darauf hin, dass etliche Aussagen in dem Schreiben nicht stimmen. Der Beirat ist sich einig, dass eine Antwort darauf nichts bringt.

Inzwischen wurde das Fundament für den Versatzlift vor dem Eingang zur Tourist-Information eingebaut. Der Aufzug soll nun spätestens bis Ende September betriebsbereit sein. Herr Böhm berichtet, dass die Rampe zu den Räumlichkeiten der Außenstelle in der Oberstadt fertiggestellt wurde.

TOP 5: Berichte aus den Arbeitsgruppen

A: AG Leichte Sprache

Die AG hat sich nicht getroffen.

B: AG Bau und Verkehr

Für den Aufmerksamkeitsstreifen vor den Treppenanlagen im Erwin-Piscator-Haus musste der Noppenabstand festgelegt werden. Die AG Bau und Verkehr wurde dazu befragt und hat sich dem Vorschlag von Herrn Breiner angeschlossen, den Abstand von 53 mm gemäß der DIN umzusetzen.

Erneut waren die E-Scooter in der Neuen Kasseler Straße am Ortsausgang quer zum Gehbereich geparkt. Herr Bauer hat ein Foto an die Straßenverkehrsbehörde geschickt und die Zeus GmbH hat bereits die Unterfirma in Marburg angewiesen, die Scooter parallel zum Gehbereich zu positionieren.

Herr Bauer berichtet, dass es die Möglichkeit gibt, die E-Scooter mit einem System auszustatten, so dass die Scooter piepen, wenn man sich mit der entsprechenden App nähert. Es handelt sich um die LocID-App von RTB, die bereits vom Behindertenbeirat an Ampeln getestet wurde. Dies wäre ergänzend zu dem Magistratsantrag eine Möglichkeit, sich als blinder Mensch vor Zusammenstößen zu schützen. Man muss sich einmalig bei der App anmelden. Herr Breiner betont, dass es das Interesse des Beirats ist, dass die E-Scooter ordentlich abgestellt werden und die Parkflächen auch taktil markiert werden. Deshalb schlägt er vor, zunächst den Beschluss des Magistrats abzuwarten. Wenn der Antrag abgelehnt wird, können Gespräche bzgl. der LocID aufgenommen werden.

Herr Breiner hat sich bezüglich des Hirsefeldstegs beim Fachdienst Tiefbau erkundigt, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Berollbarkeit möglich sind. Der Steg hat einen Antislipbelag, den man nicht abschmirgeln kann, da die Lauffläche sonst sehr glatt wird. Einen Teppich kann man auch nicht als Laufstreifen verlegen, da dieser durch das unebene Holz große Wellen schlagen würde und dann nicht befahrbar wäre. Um die Oberfläche besser berollbar zu gestalten, müsste die ganze Deckfläche abgerissen und neu gemacht werden. Das kostet einen sechststelligen Betrag. In sechs bis acht Jahren muss der Steg sowieso erneuert werden, dann könnten Verbesserungen vorgenommen werden.

C: AG Inklusion für Kinder und Jugendliche

Die Protokolle der AG waren mit der Einladung mitgeschickt worden.

In dem letzten Protokoll war eine Veranstaltung erwähnt worden, die vom fib, der Uni und dem Behindertenbeirat durchgeführt werden soll. Herr Breiner weist darauf hin, dass der Behindertenbeirat die Organisation dieser Veranstaltung nicht übernehmen kann.

TOP 6: Sprechen und Entscheiden über Anträge

Für die Querung der Straße Am Krekel bei den Ärztehäusern ist eine Ampelanlage beim Fachdienst Tiefbau beantragt. Allerdings wird diese erst kommen, wenn die Bushaltestellen in etwa 2 Jahren umgebaut wurden, da diese dann verlegt werden. Um die Einrichtung einer Ampelanlage zu beschleunigen, beschließt der Behindertenbeirat einen Antrag an den Magistrat zu stellen, dass bei den Ärztehäusern eine Ampelanlage aufgestellt wird. Der Antrag wird einstimmig mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen beschlossen.

TOP 7: Der Magistrat hat beschlossen

Der Antrag zu der Abgrenzung der E-Scooter-Parkflächen wird erst Anfang September im Magistrat behandelt, von daher liegt noch kein Beschluss vor.

TOP 8: Infos von anderen Gremien

A: Landesbehindertenrat (LBR)

Vom LBR kann niemand berichten.

B: Behindertenbeirat des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Der Behindertenbeirat des Landkreises hat nicht getagt.

C: Seniorenbeirat

Herr Schumacher vom Seniorenbeirat berichtet, dass der barrierefreie Zugang zu mehreren Häusern in der Großseelheimer Straße nun gebaut wird.

Außerdem hat der Seniorenbeirat einen Antrag zur Barrierefreiheit in der Oberstadt gestellt, in dem gefordert wird, dass Laufstreifen in der Barfüßerstraße und zu den Zugängen zum Rathaus eingebaut werden.

D: Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa)

Das Staatsarchiv hat sich in der letzten Sitzung des KiJuPa vorgestellt. Außerdem wurden Anträge bzgl. einer beleuchteten Uhr im Gassmann-Stadion und einer Querungshilfe in der Cappeler Straße beschlossen. Die nächste Sitzung findet am 14.09.2023 statt.

E: Fahrgastbeirat

In der Sitzung am 07.06.2023 ging es erneut um den Nahverkehrsplan. Außerdem wurde informiert, dass die Bahnstrecke der Main-Weser-Bahn Ende des Jahrzehnts saniert werden soll. Es ist geplant, Teile der Strecke zwischen Kassel und Gießen zu sperren. Die Gemeinden, die davon betroffen sind, wehren sich bereits, da eine Sperrung der Strecke eine Katastrophe wäre. Die nächste Sitzung findet kommende Woche statt.

F: AG Move35

Frau Ingiulla war für den Behindertenbeirat an dem Prozess von Move35 beteiligt. Die Kurzform des Konzeptes soll es als barrierefreies PDF geben, hatte Frau Schönemann vom Fachdienst Stadtentwicklung laut Aussage von Herrn Büchner, angekündigt. Frau Hühnlein soll nachfragen, ob es die Kurzform inzwischen als barrierefreie Version gibt und diese an den Behindertenbeirat schicken.

TOP 9: Veränderungen bei den Mitgliedern und Termine vom Behindertenbeirat

Die nächste Sitzung des Behindertenbeirates findet am 30.11.2023 statt.

Die Sitzungstermine für 2024 wurden festgelegt:

Donnerstag, 07.03.2024

Mittwoch, 12.06.2024

jeweils um 16.30 Uhr

Donnerstag, 29.08.2024

Donnerstag, 28.11.2024

Herr Breiner informiert, dass die Geschäftsordnung auf Veranlassung von Frau Dinnebier geändert wurde, so dass das Magistratsmitglied – genauso wie im Seniorenbeirat – nicht mehr stimmberechtigt ist, sondern beratende Funktion hat.

TOP 10: Verschiedenes

Bzgl. des Projekts „Teilhabe für alle“, stellte sich heraus, dass in der letzten Sitzung nicht klar kommuniziert wurde, wer die Informationen über die weitere Finanzierung einholt. Deshalb soll der Vorstand und die Geschäftsstelle bis zur nächsten Sitzung eruieren, ob die Finanzierung gewährleistet ist.

Die Schulung für die Straßenverkehrsbehörde, bei der es um Selbsterfahrung in Bezug auf die Bedürfnisse von Rollstuhlfahrer*innen geht, wird aktuell von Frau Ingiulla und Frau Wienstroer vorbereitet.

Bzgl. der Barrierefreiheit der Banken kamen keine weiteren Rückmeldungen von Behindertenbeiratsmitgliedern.

An den Vorstand war ein Brief eines Bürgers zur Landgraf-Philipp-Straße weitergeleitet worden, dass diese für Menschen im Rollstuhl wegen des alten Pflasters nicht zu überwinden ist. Herr Breiner informiert, dass Frau Ingiulla Mitglied im Beirat für die Zukunftsgestaltung des Schlosses ist und dort auch die Zuwegung Thema sein wird. Frau Ingiulla berichtet, dass sie beim ersten Treffen des Beirats bewusst mit dem Bus zum Schloss gefahren ist. Sie musste rückwärts in den Bus einfahren, weil der Platz sehr begrenzt ist. Die Zugänglichkeit des Schlosses muss deutlich verbessert werden. Und in diesem Zusammenhang muss auch die Barrierefreiheit der kleinen Busse, die zum Schloss fahren, thematisiert werden.

Herr Böhm berichtet, dass die Marburger Linke einen Antrag bzgl. der inklusiven Gestaltung von Spielplätzen gestellt hat. Dem Antrag hat sich die CDU angeschlossen. Eigentlich sollte dieser Antrag bereits heute besprochen werden, er wurde aber nicht an den Beirat weitergeleitet.

Deshalb soll dieser in der nächsten Sitzung thematisiert werden, da die STVV im Frühjahr über den Antrag entscheiden will.

TOP 10.1: Parken auf Gehwegen, Gast: Herr Hagenbring von der Straßenverkehrsbehörde

Herr Hagenbring informiert, dass ein engagierter Bürger einen Antrag an die Straßenverkehrsbehörde gestellt hat, an 20 Stellen die Regelungen zum Parken auf dem Bürgersteig zurückzunehmen. In diesem Bereich parken die Autos mit zwei Rädern auf dem Gehweg. Die Straßenverkehrsordnung erlaubt nur das Parken auf dem Bürgersteig, wenn besondere Gründe vorliegen und genügend Platz für den ungehinderten Verkehr von Fußgänger*innen und Rollstuhlfahrer*innen vorhanden ist. Nach den Bauvorschriften soll der Gehweg 1,80 m breit sein. In Marburg kann man aufgrund der schmalen Straßen sowieso nicht bei allen Gehwegen 1,80 m Breite herstellen. Oft ist es selbst bei Neubauten nicht möglich, weil der Platz nicht vorhanden ist. Die Straßenverkehrsbehörde hat Begehungen an allen in dem Antrag genannten Stellen durchgeführt. Schon während der Begehungen gingen mehrere Anrufe von besorgten Bürger*innen beim Oberbürgermeister ein, die Angst hatten, dass die Parkplätze wegfallen. Die Straßenverkehrsbehörde möchte die gesetzlichen Vorgaben umsetzen und dort, wo es geht, das Gehwegparken in den nächsten Jahren reduzieren.

Die Straßenverkehrsbehörde wird aber auch Sofortmaßnahmen erlassen, um Platz für Fußgänger*innen zu schaffen. Zum Beispiel werden am Barfußertor vier Parkplätze verschwinden. Insgesamt soll ein Parkraumkonzept entwickelt werden. Das bedeutet: Es wird geprüft, ob Parkplätze auf die Straße gelegt werden können oder ob Parkplätze überhaupt gebraucht werden. Die Bedarfe der Bewohner*innen werden aber berücksichtigt. Frau Dinnebier weist in der Diskussion auf die Interessenskonflikte hin, die man abwägen muss.

Das OVG Bremen hat ein Urteil zum illegalen Gehwegparken gesprochen, das generell zum Parken auf dem Bürgersteig Hinweise gibt.

Auf jeden Fall hat der antragstellende Bürger Anspruch auf eine Begründung bzgl. seines Antrags. Es gibt aber Ermessensspielraum.

Herr Hagenbring verweist darauf, dass alle Städte autofreundlich gestaltet sind und es daher den Behörden nicht zuzumuten ist, alles auf einmal zu überprüfen. Er informiert, dass es zu jedem Gebiet eine Verkehrsschau geben wird, wo auch die Anwohner*innen ihre Bedürfnisse äußern können und deren Interessen berücksichtigt werden. Die Verkehrsschauen werden mit der Polizei durchgeführt. Letztendlich entscheidet dann die Straßenverkehrsbehörde.

Folgende Entscheidungen können getroffen werden:

- Verlegung der Parkflächen
- Wegnahme der Parkplätze
- Einführung von Parkregelungen

Demnächst fängt eine neue Kollegin in der Straßenverkehrsbehörde an, die für die Sonderverkehrsschauen zuständig sein wird. Frau Ewinkel bittet darum, dass mit der neuen Kollegin eine Begehung gemacht wird, sowohl um nach Behindertenparkplätzen zu schauen, als auch nach dem Parken auf dem Gehweg.

Herr Hagenbring bittet um ein Votum des Behindertenbeirats zu der Breite, die auf Gehwegen mindestens eingehalten werden sollte, damit Rollstuhlfahrer*innen diesen gut nutzen können. Zunächst wird von Herrn Breiner vorgeschlagen, dass ein Meter Gehweg ausreicht. Herr Gökeler gibt aber zu bedenken, dass eine Breite von 1,50 m zum Wenden des Rollstuhls benötigt wird. Abschließend spricht sich der Behindertenbeirat bei Einschränkungen von Gehwegen durch parkende Fahrzeuge für eine verbleibende nutzbare Breite für Fußgänger*Innen von 1,50 m aus.

In dem Zusammenhang, dass Autos von den Gehwegen entfernt werden sollen, fordert der Behindertenbeirat, dass auch die E-Scooter von den Gehwegen entfernt werden.

Frau Ewinkel merkt an, dass für sie das Parken mit dem ganzen Auto auf dem Gehweg sehr wichtig sei, um gut aussteigen zu können. Ansonsten kommt sie von der Straße nicht auf den Bürgersteig, wie beim Erwin-Piscator-Haus. Sie braucht auf dem Bürgersteig zum Aussteigen eine Türbreite Platz. Zunehmend schwierig findet sie das Aussteigen zur Straße hin, wenn sie am Fahrbahnrand parken muss. Gerade in der Biegenstraße fahren die Autos durch die Umgestaltung noch näher an dem geparkten Auto vorbei, was das Aussteigen erschwert. Nach dem Aussteigen zur Fahrbahn hin muss sie mit dem Rollstuhl auf der Straße fahren, bis sie zu einer Stelle kommt, wo der Bordstein abgesenkt ist und sie auf den Bürgersteig fahren kann. Herr Hagenbring erwähnt als gutes Beispiel das Bürgerhaus Moischt, wo in Nähe des Behindertenparkplatzes eine Nullabsenkung eingerichtet wurde, so dass Rollstuhlfahrer*innen auf den Bürgersteig gelangen.

Generell sollte bei der Einrichtung von Behindertenparkplätzen berücksichtigt werden, dass manche Rollstuhlfahrer*innen nach hinten und manche zur Fahrerseite hin aussteigen. Für beide Möglichkeiten muss es gute Lösungen geben. Wer selber Auto fährt, hat meist mehr Probleme als die Personen, die Assistenz dabei haben.

Herr Hagenbring informiert, dass es nur noch in Ausnahmefällen einen persönlichen Behindertenparkplatz mit Nummer gibt.

Aus dem Beirat kommt der Hinweis, dass bei Schrägparkplätzen eine Markierung wichtig ist, bis wohin die Autos vorne fahren können, um den Gehweg nicht zu blockieren.

Herr Hagenbring informiert, dass die E-Ladestationen barrierearm gestaltet werden sollen, damit auch Menschen mit Behinderungen ihre E-Autos laden können.

TOP 10.2: Informationen zu Move35, Gast: Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Herr Dr. Spies berichtet darüber wie Move35 entstanden ist und sich entwickelt hat. Das Ziel von Move35 ist die Mobilität von Menschen. Zu der Frage, wie Mobilität in Marburg aussehen soll, haben Bürger*innen ihre Ideen eingebracht. Es wurden Ziele festgelegt.

Die Hauptziele sind:

1. Barrierefreiheit und Sicherheit
2. Erreichbarkeit

3. Stärkung des Fuß- und Radverkehrs
4. Stadt und Umweltverträglicher Verkehr
5. Lebenswerte Stadtgestaltung
6. Mobilitätswende

Er betont, dass die Stadt immer erreichbar sein muss und Barrierefreiheit dabei eine Priorität hat. Im ganzen Verfahren konnten nicht immer alle Zwischenstände für jedermann öffentlich gemacht werden.

Die Befürchtung, dass alle Parkplätze weggenommen werden, ist nicht zutreffend. Für mobilitätseingeschränkte Menschen muss es Lösungen geben. Aber Autos, die dauergeparkt sind, sollen nicht mehr in der Innenstadt parken. Die Ankündigung der Reduzierung der Parkplätze hat Angst gemacht. Aber Menschen mit Behinderungen sollen weiterhin alles erreichen und überall parken können. Herrn Dr. Spies ist es ein Anliegen, deutlich zu machen, dass Barrierefreiheit hergestellt wird und ein hohes Bewusstsein dafür vorhanden ist. Teilweise ist die Barrierefreiheit wegen der auf dem Gehweg parkenden Autos nicht gegeben.

Aufgrund des Klimawandels muss die Stadt mehr Bäume pflanzen - auch dort, wo Parkplätze weggenommen werden. Dies führt zu einer deutlichen Temperaturreduzierung und ist wichtig für die Zukunft.

Das ganze Konzept ist sehr gründlich vorbereitet, sehr gründlich und sachlich überlegt und begründet. Ihm ist es wichtig, dass die Gerüchte entkräftet werden, die in der Stadt kursieren.

Im Behindertenbeirat gibt es Stimmen, die nicht empfinden, dass in dem Konzept zu Move35 die Mobilität sichergestellt ist. Auch wird angemerkt, dass die Kommunikation besser werden muss. Hilfreich wären mehr Informationen über die Zeitung. Herr Dr. Spies weist darauf hin, dass die Stadt Marburg keinen Einfluss auf die Berichterstattung der Oberhessischen Presse hat, dass die Stadt aber noch nie so intensiv über etwas informiert hat wie über Move35.

Franz Breiner
Sitzungsleiter

Kerstin Hühnlein
Protokollantin